

Franz Hinkelammert

Du sollst keinen Gott neben ihm haben

CHICAGO-SCHULE: DER MARKT UND DAS TRANSNATIONALE KAPITAL
IN MESSIANISCHER SCHLACHT FÜR DIE BEFREIUNG DER VÖLKER

Der folgende Text hat ein Referat und ein Exposé zur Grundlage, um die der Autor für die TNK-Konsultation des ÖRK in Bad Boll (vgl. epd-EP 24/81 S. 17) gebeten wurde. Ebenso wie die Beiträge auf den Seiten 17 und b dieser Ausgabe wird hier ein wichtiger Zusammenhang zwischen ökumenischen Bemühungen zu Fragen der TNK, JPSS (vgl. S. 17 und einer neuen politischen Ehtik (Vancouver) verdeutlicht. Hinkelammerts Klarstellung betrifft nicht nur eine totalitäre Ideologie, sondern auch ihre praktische Umsetzung in der Dritten Welt, in den USA (wogegen die amerikanischen Kirchen bereits protestiert haben) und in zunehmendem Maße auch Europa. (Übersetzung: Joachim Lindau, Bearbeitung: Redaktion).

Während der 60er Jahre machten die Konzepte von Gesellschaft und sozialer Gerechtigkeit, die vom Kapitalismus verteidigt wurden, einen tiefgreifenden Wandel durch. Dies war insbesondere hinsichtlich der Beschäftigungs- und der Verteilungspolitik zu beobachten, obwohl sich auch ein genereller Wandel der Einstellung zur Entwicklungspolitik und zu den Umweltproblemen abzeichnete. In der Sprache der heutigen kapitalistischen Ideologie lassen sich die neuen Positionen im Begriff des Antiinterventionismus zusammenfassen. In der Tat waren zuvor alle erwähnten Bereiche der Politik zum Gegenstand zunehmender staatlicher Interventionen geworden.

Hatte die Politik der zunehmenden Interventionen durch den bürgerlichen Staat ihren Ursprung im keynesianischen Denken, bemühte sich der Antiinterventionismus um die Unterstützung durch antikeynesianische Ideen. Der einflußreichste Vertreter solcher Ideen ist zweifellos Friedrich von Hayek, während der bekannteste Milton Friedman ist. Beide sind mit der "Chicago-Schule der Ökonomie" verbunden, die sich in den 40er Jahren herauszubilden begann. Die neue kapitalistische Idee gewann vor allem in den 70er Jahren politisches Gewicht, in einer historischen Periode, die besonders günstige Voraussetzungen für die Entwicklung einer derartigen Ideologie bot, da sie das Ende des Wirtschaftsbooms brachte, den die Länder im Zentrum des kapitalistischen Systems nach dem 2. Weltkrieg erlebten.

NEUEM MANCHESTERTUM...

Die neue Ideologie des Kapitalismus ergab sich aus der ökonomischen Krise und entwickelte sich zur ideologischen Reaktion, jedoch - obgleich die Krise mit früheren Krisen des internationalen kapitalistischen Systems vergleichbar war - diesmal anders als bei den zahlreichen vorangegangenen Anlässen, insbesondere in den 30er Jahren dieses Jahrhunderts und in den 30er, 40er, 70er und 80er Jahren des vergangenen. Die Reaktion auf die Krise der 30er und 40er Jahre des 19. Jahrhunderts bestand im Manchestertum, einer Ideologie, die extrem unternehmerorientiert war, während sich in den 70er und 80er Jahren eine ziemlich staatsinterventionistische Ideologie herausbildete, die einen gewissen Grad sozialer Sicherheit förderte. In den 30er Jahren unseres Jahrhunderts nahm sie ebenfalls die Form stärkeren staatlichen Interventionismus an, der Vollbeschäftigungspolitik beinhaltete (Keynesianismus). Auf die gegenwärtige Krise wird mit einer nur scheinbar neuartigen extremen Unternehmerrideologie reagiert, die aber dem Manchestertum des 19. Jahrhunderts ziemlich ähnlich ist und sogar in gewissem Grade dessen theoretische Begründungsschemata wiederholt.

Die Chicago-Ideologie interpretiert die andauernde ökonomische Krise in sehr spezifischer Weise, indem sie sie als Krise des Staatsinterventionismus und des organisierten Kapitalismus darstellt. Sie porträtiert sie als das direkte Ergebnis interventionistischer Versuche,

eine ökonomische Krise zu verhindern. Deswegen verfißt sie die Auffassung, diese würde niemals eingetreten sein, hätte es keinen Interventionismus gegeben, und nimmt zugleich für sich in Anspruch, nachzuweisen, daß interventionistischen Politikern und keynesianischen Theoretikern Schuld anzulasten sei. Auf diese Weise werden die Bedingungen umgekehrt. Es gibt demnach Arbeitslosigkeit aufgrund einer Wirtschaftspolitik, die auf Vollbeschäftigung abzielt. Es gibt Verarmung, weil die Politik der (primären und sekundären, d.Übers.) Verteilung von Einkommen die erforderlichen Investitionsanreize zerstört, was eine Verringerung des Sozialprodukts verursacht. Es gibt eine Umweltkrise, weil es nicht genügend private Kontrolle der Umwelt gegeben hat. Implizit bedeutet dies auch, daß Unterentwicklung selbst ein Ergebnis entwicklungspolitischen Interventionismus ist, da der letztere die Entwicklungskräfte beeinträchtigt und somit die Entwicklungslücke erweitert.

...BEDEUTEN POLIZEIREPRESSION FREIHEIT, SOZIALPOLITIK SKLAVEREI

Staatlicher Interventionismus wird somit als der tatsächliche Übeltäter der Wirtschaftskrise präsentiert, verbunden mit der Empfehlung, das organisierte Kapital zu desorganisieren, was wiederum die Transformation des interventionistischen Staates in einen repressiven Polizeistaat impliziert. Denn die antiinterventionistische Ideologie ist keine anti-staatliche Ideologie. Ganz im Gegenteil, es geht um die Vorstellung, einen Staat zu zerstören, der sich in ökonomische und soziale Angelegenheiten einmischt, und ihn durch einen Polizeistaat zu ersetzen, der eindeutig befähigt wäre, alle Forderungen zu unterdrücken, die Regierungen möglicherweise veranlassen könnten, sich in derartige Angelegenheiten einzumischen. Polizeirepression bedeutet Freiheit, Sozialausgaben bedeuten Sklaverei: Das ist der Leitgedanke der Anti-Interventionisten.

Trotz alledem unterstreichen die Chicago-Ideologen zu Recht das Problem des

Interventionismus in seiner gegenwärtigen Form, da die ökonomische Krise der 70er Jahre in der Tat die Grenzen der staatlichen Globalsteuerung zu Tage gefördert hat. Diese zeigte sich hauptsächlich in der Unfähigkeit der keynesianischen Wirtschaftspolitik, die Vollbeschäftigung zu erhalten, die in den führenden kapitalistischen Staaten ungefähr ab Mitte der 50er Jahre erreicht worden war. Da es sich beim interventionistischen Staat um einen bürgerlichen Staat mit allen limitierenden Implikationen handelt, konnte er weitere erforderliche Maßnahmen nicht ergreifen, nämlich mehr Investitionslenkung mit wirksamen Effekten auf die Beschäftigungslage, ganz einfach weil eine derartige Politik die bürgerliche Natur der betroffenen Gesellschaften in Frage gestellt hätte. In dieser Situation mußte - da eher sozialistische Lösungen nicht in Frage kamen - ein radikaler Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik des internationalen kapitalistischen Systems vorgenommen werden.

Somit haben wir es einerseits mit der Anforderung, den staatlichen Interventionismus in einer Richtung fortzuentwickeln, die ihn über die Grenzen bürgerlicher Gesellschaften hinausführen würde, zu tun, und andererseits mit einer alternativen bürgerlichen Ideologie, die auf uneingeschränkte unternehmerische und anti-interventionistische Konzepte zurückgreift. Dieses Dilemma zeigte sich im Laufe der 70er Jahre in allen Teilen der Welt. Heute aber hat die Alternative des Manchestertums die mächtige Unterstützung der Transnationalen Konzerne (TNK's) mit ihrer auf Kapitalakkumulation gerichteten Rationalität. Da sie schrittweise die ganze Welt zum Manövrierfeld ihrer Aktivitäten zu machen trachten, unterstützen sie starke Polizeistaaten, von denen sie dafür erwarten, daß sie auf Einmischung in wirtschaftliche Angelegenheiten verzichten. Dies hat zu einem neuen Machtbündnis geführt: Anti-interventionismus mit transnationalem Kapital und den geballten repressiven Apparaten der kapitalistischen Welt.

MERKANTILER MYTHOS...

Das Kernstück der Chicago-Ideologie ist eine quasi-mythische Vorstellung von Markt, Geld und Kapital. Auf der Basis dieses Mythos hat sie richtiggehend eine Vision von Realität konstruiert, in welcher Marktbeziehungen an die Stelle der unmittelbaren Realität treten: Die konkrete Realität wird als Nebenprodukt von Marktbeziehungen wahrgenommen, und die Menschen werden demnach maßgeblich von diesen Beziehungen geprägt. Damit ist die menschliche Freiheit zentral berührt. In Chicagoer Sicht sind Menschen in dem Maße frei, als sich die Preisbildung am Markt frei vollzieht. Wird freie Preisbildung gewährleistet, erhält auch der Mensch seine persönliche Freiheit. Das bedeutet auch, daß die Ausübung von Freiheitsrechten, welche mit den Marktgesetzen in Konflikt geraten könnten, bestritten wird. Freiheit ist die Unterwerfung des Menschen unter die Gesetze des Marktes, und es wird kein Menschenrecht anerkannt, das sich nicht von einer Position auf dem Markt ableiten läßt.

Faktisch führt die Ideologie zu einem Mythos merkantiler Beziehungen. Das verdeutlicht ein Kommentar Milton Friedmans zur israelischen Wirtschaftspolitik im Jahre 1978:

"Die Maßnahmen, die Israel in seiner Wirtschaftspolitik ergriffen hat..., zeigen die gleiche Mischung aus Tollkühnheit, Scharfsinn und Mut wie im Sechstagekrieg oder bei der Befreiung der Geiseln in Entebbe. Sie werden wahrscheinlich auch nicht weniger bedeutsam für Israels Zukunft sein. 29 Jahre sozialistischer Herrschaft... Jetzt hat sich das alles geändert. Zum ersten Mal seit der Gründung des Staates Israel können seine Bürger Dollars frei kaufen und verkaufen, ohne die abgestempelte Erlaubnis irgendeines Bürokraten zu benötigen... Im wesentlichen heißt dies, daß sie aufgehört haben, als vom Staat Entmündigte behandelt zu werden, und nun ein freies Volk sind... Weg mit dem Sozialismus, vorwärts zum freien Markt und hin zum Kapitalismus..." (Newsweek)

Hier haben wir es augenscheinlich mit einer Welt von Tugenden und Sünden zu

zu tun, mit den ihnen entsprechenden Strafen und Belohnungen. In der Sprache des Marktes sind Tugenden die Verhaltensweisen, die zu einem frei konvertierbaren Dollar, freier Preisbildung und freiem Unternehmertum führen. Entsprechend sind Sünde gegen den Markt alle Verhaltensweisen, soweit sie zu sozialen und wirtschaftlichen Eingriffen des Staates führen, die Friedman ohne weiteres mit Sozialismus gleichsetzt. Marktwirtschaftliche Tugenden werden von der Geschichte mit einem Wirtschaftswunder belohnt. Sünde wider den Markt bedeuten Chaos, Arbeitslosigkeit, Verarmung, Unterentwicklung und die Zerstörung der Umwelt. Obwohl dieses Konzept für Buße und Umkehr Raum läßt, kann niemand dem schließlichen Richtspruch durch die Geschichte entkommen.

... MARKT ALS WELTENRICHTER - KEIN RECHT AUF INDIVIDUELLES LEBEN

Vor dem Hintergrund eines derartigen monetaristischen Mythos ist die Position der Chicago-Schule im Hinblick auf soziale Gerechtigkeit kürzlich klarer geworden. In der Tat ist es die Aufgabe dieses Mythos, die Position zu rechtfertigen und sie zugleich zu verschleiern. In ihrer Sicht ist jede Forderung nach sozialer Gerechtigkeit in sich unheilvoll. Die Chicago-Ideologen sagen nicht, es gäbe zu wenig Geld, um soziale Gerechtigkeit zu schaffen, vielmehr sagen sie, es sollte keine Sozialausgaben geben, weil die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit definitionsgemäß vom Übel sei. Es gibt keine Gerechtigkeit außerhalb des Marktes. Sehr einfach: Der Markt ist Gerechtigkeit, und was der Markt entscheidet, ist gerecht. Und Du sollst keinen anderen Gott neben ihm haben.

Um diese radikale Ablehnung sozialer Gerechtigkeit zu ihrem logischen Ende zu führen, ist die Chicago-Ideologie gezwungen, die Persönlichkeit des Individuums zu verneinen, in anderen Worten, seine Existenz als eine autonome Person. Obwohl sich diese Ideologie selbst individualistisch nennt, ist sie faktisch auf der Ablehnung der Subjektivität menschlicher Wesen aufgebaut, und

zwar in zweierlei Hinsicht: Zum einen wird verneint, daß Menschen Subjekte mit einem Recht auf Leben sind; zum anderen wird ihre Existenz als rationale Wesen ^{Selbst} bestritten. Die Ideologie räumt dem Menschen weder ein Recht auf unabhängiges Leben noch ein Recht auf unabhängiges Denken ein, und ihre Ablehnung der subjektiven Existenz des Menschen bildet die Wurzel, der ihre Ablehnung sozialer Gerechtigkeit entspringt.

1. Die Chacago-Ideologen müssen natürlich ihre Ablehnung des Rechts auf Leben verschleiern. Deshalb wird sie auf eine besondere Weise, nämlich als die Ablehnung eines subjektiven Anspruchs des Individuums auf Leben präsentiert, an dessen Stelle das Überleben der Spezies rückt: das Recht zu leben kein subjektiver Anspruch, kein Persönlichkeitsrecht, sondern der Spezies Mensch. Dies führt zu dem, was Hayek die "Aufrechnung von Leben" nennt:

"Eine freie Gesellschaft benötigt gewisse moralische Regeln, welche auf die Erhaltung von Leben reduziert werden können. Nicht die Erhaltung aller Menschenleben, weil es notwendig werden könnte, einzelne Individuen zu opfern, um die größere Zahl anderer zu erhalten. Konsequenterweise sind die einzigen moralischen Regeln diejenigen, die zu einer 'Aufrechnung von Leben' herangezogen werden können, nämlich Eigentum und Vertragsfreiheit." (Friedrich von Hayek in einem Interview mit "Mercurio", Santiago de Chile, 19.4.1981)

Hayeks Aufrechnung von Menschenleben ist in Wirklichkeit die Aufrechnung von Toden, mit Hilfe derer er Eigentum und Vertragsfreiheit zum unabänderlichen, schicksalhaften Prinzip zu erheben versucht. Dies wird wie folgt abgeleitet: Eigentum und Vertragsfreiheit - d.h. kapitalistische Produktionsbeziehungen - sind die Bewahrer technischen Fortschritts, welcher allein die Basis eines stetigen Zuwachses der Produktivkräfte ist und somit Garant für die Versorgung einer wachsenden Bevölkerungszahl. Die Opfer an Menschenleben in der Gegenwart sind deshalb ohne Bedeutung, wenn es durch ihre Effizienz bei der Entwick-

lung der Produktivkräfte und der daraus folgenden Erhaltung des Lebens in Zukunft überkompensiert wird. Am Ende steht ein unbeschönigter Sozialdarwinismus.

2. Subjektive Lebensrechte zu opfern führt zwangsläufig dazu, den Wert individueller und subjektiver Vernunft und Daseinsbegründung zu opfern, da keine subjektive, d.h. individuelle Vernunft die Verweigerung eines subjektiven Rechts auf Leben akzeptieren könnte. Deswegen bestreitet die Chacago-Ideologie die Validität subjektiver, d.h. individueller Vernunft und ersetzt sie durch eine "kollektive und miraculöse" Vernunft:

"Die Vernunft existiert nicht im Singular, als etwas, das einer einzelnen Person gegeben oder verfügbar ist, wie der rationalistische Vorgang anzunehmen scheint, sondern sie muß als ein interpersoneller Prozeß vorgestellt werden, in dem jedermanns Beitrag von anderen geprüft und korrigiert wird." (Hayek 1952)

Ist Vernunft objektiv, dann kann mittels Vernunft - die hier Markt bedeutet - die Lage individueller Subjekte auch objektiv beurteilt werden. Diese kollektive Vernunft, der Markt, entscheidet über Leben und Tod, ist aber selbst jeglicher Beurteilung entzogen. Das Opfer von Leben, das in Hayeks "Aufrechnung" beinhaltet ist, macht das entsprechende Opfer des Intellekts, d.h. der subjektiven Vernunft, erforderlich.

PSEUDORELIGIÖS: DEMUT UND STOLZ

Hayek erweitert diesen Gesichtspunkt zu einer veritablen Metaphysik des Opfers mit flagrant pseudoreligiösen Untertönen. Die Hinnahme sowohl des Opfers einzelner Leben als auch der Vernunft wird als die "wahre Demut" interpretiert, während Insistieren auf Respekt vor dem subjektiven Recht auf Leben als Stolz gesehen wird:

"... die grundsätzliche Einstellung des wahren Individualismus (ist) eine Demut gegenüber den Vorgängen ..., durch die die Menschheit Dinge erreicht hat, die

von keinem Einzelnen geplant oder verstanden worden sind und in der Tat größer sind als der Einzelverstand." (Hayek, a.a.O.)

Die Tugend der Demut ist zugleich die Quelle für die Verurteilung des Eintretens für soziale Gerechtigkeit wegen der möglichen Konsequenzen entsprechender Forderungen für den Markt. Er stellt auch die einzige soziale Gerechtigkeit dar, die es gibt. Ihm soziale Gerechtigkeit abzufordern bedeutet Stolz, in dem die Bedingtheit menschlicher Existenz vergessen wird, der eine Revolte gegen die Menschlichkeit darstellt, Luzifer ist und mit einer Rebellion gegen Gott gleichzusetzen ist. Die Forderung sozialer Gerechtigkeit stellt den Versuch von Individuen dar, sich Zugang zu einem Wissen zu verschaffen, das Gott allein zusteht:

"Der zentrale Punkt war bereits von den hervorragenden Vorläufern der modernen Ökonomie, den spanischen Scholastikern des 16. Jahrhunderts erkannt worden, die auf das bestanden, was sie das pretium mathematicum nannten, den mathematischen Preis, der von so vielen Umständen abhängt, daß Gott allein sie alle kennen könne. Es wäre wünschenswert, unsere modernen mathematischen Ökonomen nähmen diese Feststellung ernst!" (Hayek)

Somit wird die Forderung sozialer Gerechtigkeit zum Anspruch auf Allwissenheit und als solche zum Anspruch, Gott gleich zu sein, was Größenwahn oder Stolz wäre.

Das Ergebnis des Versuchs menschlicher Wesen, Gott gleich zu sein ist aber, daß sie dem Teufel gleich werden. Diejenigen die soziale Gerechtigkeit anstreben, sind deswegen dämonische Kräfte, die die Welt in ein Tollhaus verwandeln. Sie hindern die Entfaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, weshalb diese ihren Segen nicht in all ihrem Glanz erteilen können. Ein anderer Ideologe, der Hayek und der Chicago-Ideologie nahesteht, Karl Popper, drückt das so aus:

"Wie andere vor mir, so gelange auch ich zu dem Resultat, daß die Idee einer uto-

pischen sozialen Planung großen Stiles ein Irrlicht ist, das uns in einen Sumpf lockt. Die Hybris, die uns versuchen läßt, das Himmelreich auf Erden zu verwirklichen, verführt uns dazu, unsere gute Erde in eine Hölle zu verwandeln - eine Hölle, wie sie nur Menschen für ihre Mitmenschen verwirklichen können." (Karl Popper)

Mit der Unterwerfung unter den Markt als letzter Berufungsinstanz über Leben und Tod wird präzise die Ideologie des transnationalen Kapitals ausgedrückt. Gott und das transnationale Kapital verteidigen sich Arm in Arm gegen den Stolz und die Hybris der hungerigen Völker der Erde, die soziale Gerechtigkeit wollen, deren Forderung aber der Ruf des Teufels ist. Das Drama der Konfrontation des transnationalen Kapitals mit dem Völkern der Erde läßt sich somit als eine Art messianischer Schlacht präsentieren. Gott kämpft zusammen mit dem transnationalen Kapital für die Befreiung der Erde.

ERLÖSUNG, ABSOLUTE MACHT, TOTALITÄRE IDEOLOGIE

Betrachtet man die Welt auf diese Weise, dann umgibt die Chicago-Ideologie der Heiligenschein der Erlösungsbotschaft. Weil dies so ist, verlangt sie auch absolute Macht:

"Wenn eine Regierung bankrott ist, gibt es keine akzeptierten Regeln; es ist erforderlich, Regeln zu schaffen, um sagen zu können, was getan werden kann und was nicht. Unter den geschilderten Umständen ist es praktisch unvermeidlich, daß jemand die absolute Macht ergreifen wird. Absolute Macht, die genau dazu benutzt werden muß, um in Zukunft absolute Macht zu vermeiden." (Hayek)

Damit haben wir eine knappe Beschreibung der Ideologie des Kapitals in der modernen Zeit vor Augen. Es handelt sich dabei um eine völlig umfassende Ideologie, deren Interpretation sich nicht nur auf die menschliche Gesellschaft erstreckt, sondern auf alles zwischen Himmel und Erde. Kein mensch-

liches Phänomen wird in ihren Betrachtungen ausgespart, und sie beurteilt alles ausschließlich in Begriffen der Marktbeziehungen, des Geldes und der Akkumulation des Kapitals. Es handelt sich um eine totale Ideologie, oder um es in anderen Worten zu sagen, um eine Ideologie des totalen Marktes. In der gegenwärtigen Weltkrise ist die Ideologie des totalen Staates, der für die faschistischen Gesellschaften angefacht durch die Krise der 30er Jahre kennzeich-

nend war, durch eine Ideologie und ein System abgelöst worden, die in ihren Intentionen nicht minder totalitär sind.

Franz Hinkelammert ist Theologe und Wirtschaftswissenschaftler, Mitglied des Ökumenischen Studienzentrums Departamento Ecueménico de Investigaciones (DEI-Costa Rica) und Professor an der Nationalen Autonomen Universität von Honduras □

Repage

William Waack
(*Jornal do Brasil, Brasilien*)
Wem dienen die deutschen
Unternehmen in Lateinamerika?

Die Tätigkeit deutscher Unternehmen in Lateinamerika bildet bekanntlich die Grundlage der diplomatischen und politischen Beziehungen der Bundesrepublik zu dieser Region. Es ist ja auch eine unbezweifelte Tatsache, daß die politischen Beziehungen Bonn zu den großen lateinamerikanischen Ländern gar keine Proportion gegenüber dem Engagement der deutschen Wirtschaft gewähren. Hauptsächlich deutsche Privatinvestitionen gestalten das Bild der Bundesrepublik im Ausland, und dies vor dem Hintergrund, daß man in Lateinamerika die multinationalen Unternehmen unter eine sehr kritische Lupe nimmt.

Die Bundesregierung hat wiederholt dazu aufgefordert, die deutschen Unternehmen in Lateinamerika sollten strikt den »code of conduct«, den die OECD entwickelt hat, befolgen und Tochterunternehmen ermöglichen, auch in Lateinamerika Gewerkschaften entstehen zu lassen. Es wäre natürlich hier böswillig, »die« deutschen Unternehmen als hartnäckigen und besonders unverbesserlichen Wildkapitalisten abzustempeln, die nicht einmal bereit seien, in Lateinamerika den gegen autoritäre Re-

aus: Jaura/Fürböck/Pond/Grigoriantz (Hrsg.): Der gefesselte Riese. Die Bundesrepublik aus der Sicht ausländischer Korrespondenten. Econ Verlag, Düsseldorf 1981, 298 S., DM 38.

gime kämpfenden jungen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegungen zumindest einen Teil davon zu gewähren, was zur Selbstverständlichkeit in ihren Verhältnissen mit deutschen Gewerkschaften zu Hause gehört. Einige aktuelle Beispiele in den Industrievororten São Paulos haben aber »die« deutschen Unternehmen in ein sehr ungünstiges – um es einmal vorsichtig und diplomatisch zu formulieren – Licht gebracht. Es häufen sich die Fälle von rücksichtslosen Massenentlassungen, Behinderung von gewerkschaftlicher Tätigkeit, Feindseligkeit gegenüber Arbeitnehmervertretungen bis hin zur Kooperation mit brutalen Maßnahmen der brasilianischen Polizei.

Vielleicht zu spät bemerkt man jetzt in den deutschen politischen Sphären, daß auf anderen Ebenen etwas gegen dies Image unternommen werden sollte. Bis jetzt beschränkte sich die deutsche Lateinamerika-Politik zum großen Teil auf die »Pflegerie« der außerordentlich guten Wirtschaftsbeziehungen. Am Beispiel der Direktinvestitionen offenbart sich, inwiefern übergeordnete sicherheitspolitische und entwicklungspolitische Interessen möglicherweise mit kommerziellen Interessen in Konflikt geraten können. Diese Aussage betrifft nicht nur den berühmten deutsch-brasilianischen Atomvertrag, der weitreichende Konsequenzen für die Beziehungen beider Länder mit wichtigen Verbündeten verursacht hat. Die Wirtschaftsordnung steht in Brasilien und in anderen lateinamerikanischen Ländern mit der sozialen und politischen Ordnung in einem völlig anderen Verhältnis, als das in der Bundesrepublik der Fall ist. Eine einseitige Betonung deutscher Unternehmensinteressen führt daher leicht zu Fehleinschätzung und zu sozialen und politischen Konsequenzen, die sich langfristig als Belastung für das Gesamtverhältnis zwischen der Bundesrepublik und Lateinamerika erweisen könnten. □